

Leuschner gegen Ley. Die Abfuhr für die Nazis auf der Internationalen Arbeitskonferenz 1933 in Genf

Reiner Tosstorff

Nur einen Monat nach der Zerschlagung der Gewerkschaften und ihrer Ersetzung durch die Zwangsorganisation der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) sollte er den Nazis eine internationale Legitimation insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet verschaffen: der Auftritt einer massiven deutschen Delegation unter Leitung von Robert Ley, dem Führer der DAF, auf der siebzehnten Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) des Völkerbundes im Juni 1933. Doch dieses Manöver scheiterte an dem auf der Konferenz geleisteten Widerstand. Vordergründig war er das Resultat der Verachtung, die das unkontrolliert-rabaukenhafte Auftreten Leys hervorgerufen hatte, mit dem sich das „Dritte Reich“ allerdings eine ungewollte Blöße gab. Doch den Motor der Ablehnung bildete die Arbeitergruppe, also die Vertreter der internationalen Gewerkschaftsbewegung, mit ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Diktatur und der von ihr ausgeübten Unterdrückung aller politischen und sozialen Rechte. Und wenn die akademische Geschichtsschreibung zur Nazi-Außenpolitik¹ und selbst Leys Biograph² diesen, wie in der zeitgenössischen Weltpresse leicht festzustellen ist, seinerzeit Aufsehen erregenden internationalen Eklat weitgehend vergessen hat, kann sich die internationale Gewerkschaftsbewegung durchaus positiv anrechnen, die Dinge rechtzeitig beim Namen genannt zu haben.³ Dies umschloß nicht zuletzt auch den

1 Z. B. Rainer F. Schmidt: Die Außenpolitik des dritten Reiches 1933-1939, Stuttgart 2002 - als letzte Gesamtdarstellung - erwähnt diesen Vorfall nicht, nicht einmal im Kapitel über den Austritt aus dem „Genfer System“ (S.142-155). Was speziellere Literatur anbelangt, ebenso auch nicht Günter Wollstein: Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der national-sozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973 oder Christine Fraser: Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, seine Vorgeschichte und seine Nachwirkungen, Diss. phil. Universität Bonn 1969. Die Literatur zur IAO gibt dagegen oft genug kurze Hinweise, in der allerdings über das bloße Referieren aus dem Protokoll hinaus weitergehende Informationen zum Ablauf und zu den Hintergründen fehlen. Siehe z. B. Weltfriede durch soziale Gerechtigkeit. 75 Jahre Internationale Arbeitsorganisation, Baden-Baden 1994, S.31-33; Stephan Grabherr: Das Washingtoner Arbeitszeit-übereinkommen von 1919. Versuch einer internationalen Regelung der Arbeitszeit in Europa, Berlin 1992, S.422f.; Torsten Landelius: Workers, Employers and Governments. A Comparative Study of Delegations and Groups at the International Labour Conference 1919-1964, Stockholm 1965, S.293-297.

2 Der Vorfall ist bei Ronald Smelser: Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“. Eine Biographie, Paderborn 1989, S.146, nur gestreift und zudem in der deutschen Übersetzung auch noch mißverständlich, obwohl Ley, wie zahlreiche seiner Äußerungen bezeugen, sich durch die „Schmach in Genf“ sehr getroffen fühlte.

3 Leider erwähnt auch die neue, auf Initiative des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften selbst zustande gekommene Geschichte der Gewerkschaftsinternationale diesen Vorfall nicht (siehe Anthony Carew u. a.: The International Confederation of Free Trade Unions, Bern u. a. 2000). Um wesentliche

Protest gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung, zu dessen Abwehr sie hier eine internationale Initiative zu organisieren versuchte.

Deutschland war bereits 1919 Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, der sozialpolitischen Unterorganisation des Völkerbunds (und heute der UNO), geworden, obwohl es erst 1926 dem Völkerbund selbst beitreten konnte. Dieser frühe Beitritt war durch den Druck der internationalen Gewerkschaftsbewegung zustande gekommen. Wesentliches Strukturprinzip der IAO war und ist der „Tripartismus“: Ein Land beteiligt sich „dreigliedrig“, durch Vertreter der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Entsprechend sind die Delegationen auf der normalerweise jährlich stattfindenden Konferenz und der Verwaltungsrat, das Leitungsgremium für die „Behörde“, das Internationale Arbeitsamt, zusammengesetzt.

Die Hitler-Regierung hatte sich schon zwei Monate nach ihrer Machtübernahme, Anfang April, mit der deutschen Vertretung in der Internationalen Arbeitsorganisation beschäftigt. Während für die Nazis der Austausch der Regierungs- und Arbeitgeber-Vertreter naturgemäß keine Probleme bereitete, gestaltete sich das für den Arbeitnehmer-Vertreter anders. Den Bestimmungen entsprechend, mußte er aus der repräsentativsten Organisation kommen, also dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB).

Auf der Arbeitskonferenz im Jahre 1931 war als deutscher Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsrat Hermann Müller gewählt worden, der aber 1932 verstarb. Zu seinem Nachfolger wurde vom ADGB Wilhelm Leuschner⁴ nominiert. Schon vor dem Ersten Weltkrieg war er aktiver Sozialdemokrat und Gewerkschafter. In seinem Amt als hessischer Innenminister 1931 hatte er sich einen Namen gemacht, als er Staatsstreichpläne der Nazis aufdeckte. Seit Mitte 1932 bemühte sich der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart, Leuschner nach Berlin in den Bundesvorstand des ADGB zu holen. Er war für den Vizedirektor-Posten des Internationalen Arbeitsamtes im Gespräch, aber auch als Nachfolger des fünfundsechzigjährigen Leipart. Zunächst übernahm Leuschner Ende 1932 den Sitz des deutschen Arbeitnehmervertreters im Verwaltungsrat der IAO. Ende Januar nahm er in Genf an einer technischen Beratung zur Einführung der Vierzig-Stunden-Woche teil. Dort erhielt er die Nachricht von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

Für Ende April stand die nächste Sitzung des Verwaltungsrats an, dann für Juni die Arbeitskonferenz. Es war klar, daß seine Teilnahme der Nazi-Regierung nicht ins Konzept passen konnte. Schließlich war der sofort seit dem 30. Januar gerade auch

Aspekte verkürzt ist auch die Erwähnung bei Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S.105.

⁴ Noch bleibt Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962, die wesentliche Biographie. Eine den Erkenntnisstand der letzten Jahrzehnte widerspiegelnde Arbeit ist z. T. in Vorbereitung. Als eine neuere kurze Skizze siehe Gerhard Beier: Wilhelm Leuschners Widerstand gegen Hitler und sein Konzept für eine neue Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1994, Nr. 10, S.634-645.

gegen die Gewerkschaften ausgeübte Terror⁵ im Ausland ja nicht unbemerkt geblieben. Es war zu erwarten, daß Leuschner danach gefragt würde. Möglicherweise könnte dies alles sogar offiziell aufgeworfen werden.

Auf ihrer Sitzung am 22. April beriet die Reichsregierung über Leuschners Teilnahme an der Verwaltungsratssitzung. In einem den Ministern zuvor zugestellten Memorandum hatte Reichsarbeitsminister Seldte mitgeteilt, daß bei einem Nichterscheinen Leuschners sein Stellvertreter, der polnische Arbeitnehmervertreter, nachrücken würde, was den Nazis natürlich auch keine genehme Perspektive war. Prinzipiell, so machte Seldte klar, war eine Änderung der Vorschriften zu erwirken, damit Leuschner gegen einen „Arbeitnehmervertreter“ des Dritten Reichs ausgetauscht werden könne. Doch im Augenblick galt es, so war die einhellige Meinung auf dieser Kabinettsitzung, eine Reise Leuschners nach Genf nicht stattfinden zu lassen.⁶

In seiner Vorlage hatte Seldte vermeldet, Leuschner sei bereit, wenn die Regierung das wünsche, nicht zu fahren. Tatsächlich hatte die ADGB-Führung durch verschiedene Manöver in den April-Tagen gehofft, mit Zugeständnissen den Organisationszusammenhalt in der Legalität irgendwie aufrechterhalten zu können. Dies war der Höhepunkt eines Anpassungskurses, der in der historischen Literatur wie auch in den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen über die eigene Vergangenheit zahlreiche kritische Diskussionen hervorgerufen hat, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden kann.⁷ Seit seinem Eintritt in den ADGB-Bundesvorstand hatte Leuschner damit auch die Verantwortung für diesen Kurs. Er selbst hatte ihn allerdings mehr übernommen als initiativ in die Wege geleitet, da er vor Januar 1933 ganz als Landespolitiker tätig gewesen war.⁸ Auch wenn er den Kurs zweifellos teilte und nach außen hin nun als einer der prominentesten Gewerkschaftsführer offensiv vertrat, so hielt er sich zumindest bei jenen nationalistischen „Zuspitzungen“, mit denen vor allem eine Reihe jüngerer

5 Siehe Dirk Erb (Hrsg.): Gleichgeschaltet: der Nazi-Terror gegen Gewerkschaften und Berufsverbände 1930 bis 1933. Eine Dokumentation, Göttingen 2001.

6 Siehe Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938. Teil I: 1933/34, Bd. 1, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, S.552.

7 Siehe etwa Schneider: Unterm Hakenkreuz, S.88-94; Willy Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel“. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S.38-42; Ulla Plener: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz - Ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947). 1. Halbband: Biographie, Berlin 2000, S.267-284.

Leider gar nicht wird in der Literatur diskutiert, inwieweit bei jenem Taktieren des ADGB-Vorstands die (vermeintlichen) Erfahrungen in Italien eine (Vorbild-)Rolle spielten. Anfang Januar 1927 hatte der Vorstand des italienischen Gewerkschaftsbundes eine Auflösungserklärung abgegeben und bekam daraufhin eine sehr prekäre Existenz als Diskussions- und Forschungszirkel zu sozialen Fragen - sogar mit eigener Zeitschrift - zugesichert. Das erlaubte einen lockeren Zusammenhalt. (Dies war allerdings von vielen Gewerkschaftsführern mißbilligt worden, die - mit Anerkennung und Unterstützung durch den Internationalen Gewerkschaftsbund - den Kampf vom Ausland und in der Illegalität fortführten.).

8 Dem entsprechend ist es nicht einleuchtend, den ADGB-Kurs in jenen Monaten, der ja nicht erst am 31. Januar mit einem plötzlichen Bruch einsetzte, nicht als „Leipart-Kurs“, sondern als „Leuschner-Kurs“ zu bezeichnen, wie das Ulla Plener (S.282) im Nachklang zu Gerhard Beier meint.

Gewerkschaftsangestellter hervortraten⁹, zurück. Er war jedoch im April ADGB-Wortführer bei Gesprächen mit der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation sowie bei Versuchen, im internen Kreis mit den Führern der anderen Gewerkschaften (aus dem christlichen und liberalen Lager) über einen Zusammenschluß zu beraten.

So mag die Behauptung Seldtes, Leuschner wolle aus freien Gründen nicht nach Genf, den Zweideutigkeiten dieser Taktiererei geschuldet sein. Doch dieser selbst schrieb klipp und klar am 24. April an den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), Walther Schevenels, unter Bezugnahme auf ein vorhergehendes Gespräch, über das leider nichts überliefert ist, daß „mir die Teilnahme an der Sitzung nicht genehmigt worden ist. Sie selbst können ja am besten die Lage ermessen. Ich wäre dankbar, wenn Sie die übrigen Freunde verständigen und unterrichten würden.“¹⁰

Und tatsächlich warf auch der französische Gewerkschaftsvorsitzende, Léon Jouhaux, gleich zu Beginn der Verwaltungsratssitzung am 27. April die Frage nach den Gründen für die Abwesenheit von Leuschner auf. Während der neue deutsche Regierungsvertreter Engel erklärte, man habe keinen Druck auf Leuschner ausgeübt, und in der gegebenen Situation billige die Regierung sein Verhalten, konnte von seiten der IAO nur bekanntgegeben werden, daß Leuschner an den Direktor eine einfache Absage telegraphiert habe. Jouhaux unterstrich allerdings, daß die Arbeitervertreter allein von der Arbeitergruppe gewählt seien und somit nicht von einer Regierung abgesetzt werden könnten.¹¹

Doch bevor die Nazis Leuschners Position in Genf angreifen konnten, mußten sie zunächst die „Gewerkschaftsfrage lösen“. Am 2. Mai erwiesen sich alle Hoffnungen des ADGB, irgendwie weitermachen zu können, als Illusion. Seine Einrichtungen wurden überall besetzt, zahlreiche Gewerkschaftsführer verhaftet.¹² Unter ihnen, mit weiteren Vorstandsmitgliedern, war Wilhelm Leuschner.¹³ Nach drei Tagen ließ man ihn jedoch frei. Er wurde sogar zu Robert Ley, dem Leiter der neuen Deutschen Arbeitsfront, bestellt. Denn es ging nun um die Vorbereitung der Internationalen Arbeitskonferenz im folgenden Monat, auf der Deutschland wieder mit einer „dreigliedrigen“ Delegation vertreten sein mußte. Wenn nun die Reichsregierung einen DAF-Vertreter wie Ley anstelle eines ADGB-Repräsentanten als Arbeitervertreter unterschieben wollte, war unvermeidlich, daß es dagegen Protest geben würde.

9 Siehe Detlev Brunner: Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933, Köln 1992, S.235-254 und 456-463.

10 Nachlaß Leuschner, Hessisches Staatsarchiv, O 29/35.

11 Minutes of the 62nd session of the Governing Body, Genf 1933, S.139f.

12 Dabei sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß dies die *freien* Gewerkschaften, also den ADGB, betraf. Zu den christlichen Gewerkschaften siehe weiter unten.

13 Eine Darstellung der dort erlittenen Torturen aufgrund des Berichts eines Mitverhafteten bei Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.109-115.

Tatsächlich war es auf den Internationalen Arbeitskonferenzen immer wieder zu Diskussionen über fragwürdige Mandate gekommen. Schließlich benannte die Charta der IAO ausdrücklich die Koalitionsfreiheit als eines der Grundprinzipien. Doch damit nahmen es nicht alle Staaten so „genau“. So hatte es seit der Arbeitskonferenz von 1923 ständig einen Konflikt um das italienische Arbeitermandat gegeben. Dieses war von der Mussolini-Regierung schon vor dem Verbot der Gewerkschaften stets einem Vertreter der faschistischen Korporationen übertragen worden und wurde regelmäßig von der Arbeitergruppe auf der Konferenz angestritten. Für den IGB war dies eine wichtige Aufgabe bei seiner Einflußnahme in der IAO; der Protest wurde immer von seinem Vize-Vorsitzenden und französischen Arbeiterdelegierten Léon Jouhaux vorgetragen, unterstützt oft von anderen maßgeblichen IGB-Führern. Eine ständige Koalition von Regierungs- und Unternehmervetretern stimmte allerdings regelmäßig dagegen und bestätigte damit (bis zum italienischen Austritt im Jahre 1936) das Mandat. Doch allein schon die Infragestellung und die öffentliche Diskussion darüber waren dem italienischen Faschismus nicht angenehm.¹⁴

Vor diesem Hintergrund und angesichts des Nachfragens Ende April bei der Verwaltungsrats-Sitzung war den Nazis klar, was beim Auftritt Leys passieren mußte. Sicherheitshalber hatte die Reichsregierung Anfang Mai in Genf beim Direktor der IAO vorgefühlt, was man zu erwarten habe. Ganz diplomatisch wurde bedeutet, daß es zu einem Protest des IGB gegen einen neuernannten deutschen Arbeitervertreter kommen könne. Auf jeden Fall würde ein Fehlen Leuschners auf der der Konferenz vorausgehenden Verwaltungsratsitzung nicht ohne Folgen bleiben.¹⁵ Somit fanden die Nazis es nun in ihrem Interesse, diesmal Leuschner, dessen Verwaltungsrats-Mandat ja von der deutschen Regierung nicht einfach kassiert werden konnte, nach Genf zu schicken. Durch seine Anwesenheit und sicher auch durch eine entsprechende Stellungnahme, so war ihre Erwartung, würde er verbürgen, daß nun wirklich eine „neue Zeit“ für die deutsche Arbeiterschaft angebrochen sei.

Die Verwaltungsratsitzung am 6. Juni, zwei Tage vor Eröffnung der Konferenz, verlief daraufhin ganz in Routine. Leuschner war anwesend, äußerte sich aber nicht.¹⁶ Ley gehörte diesem Gremium ja nicht an, auch wenn die Nazis durch den deutschen Regierungsvertreter präsent waren. Doch die auf der Sitzung behandelten Fragen waren technischer und verfahrensmäßiger Natur. Die Lage in Deutschland wurde, angesichts der unmittelbar bevorstehenden Arbeitskonferenz, auch von den hier vertretenen IGB-Führern nicht aufgeworfen.

14 Diese permanente Konfrontation ist ausführlich dargestellt bei Renata Allio: *L'Organizzazione Internazionale del Lavoro e il sindacalismo fascista*, Bologna 1973.

15 Note on interview with Dr. Krohn, XR 24/1/2 (IAO-Archiv). In derselben Unterredung wurde versucht, massiv auf die Zusammensetzung des deutschen Personals bei der IAO Einfluß zu nehmen, u. a. durch die Auswechslung des Vertreters der IAO in Berlin, eines sozialdemokratischen Beamten. Doch wies der IAO-Direktor dies unter Verweis auf die Neutralität der IAO zurück.

16 Siehe Minutes of the 63rd session of the Governing Body, Genf 1933.

Zu ihr hatten sich nun die Nazis massiv angekündigt. Schließlich ging es ihnen um die Propagierung des „sozialpolitischen Fortschritts“ im „neuen deutschen Arbeiterstaat“, so die Zeitschrift der DAF in der Rückschau¹⁷, in Wirklichkeit darum, Hitler in der Anfangszeit der Diktatur einen so nötigen außenpolitischen Erfolg zu verschaffen. Insgesamt fünfundzwanzig Mann umfaßte die Delegation, die Arbeitsminister Seldte bereits Ende Mai in Genf angemeldet hatte.¹⁸ Dabei hatten die Nazis, um die von ihnen geplante Ausnutzung Leuschners noch besser gestalten zu können, diesen auch noch als technischen Berater des „Arbeiterdelegierten“ Ley angemeldet. Ein solcher Status war zwar an sich nichts Ungewöhnliches, da üblicherweise auch noch heute Delegierte - entsprechend der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit - Fachleute für einzelne Fragen mitbringen. Doch hiermit sollte zweifellos Leuschners erhoffte Zeugen- und Bürgenfunktion unterstrichen werden. Denn er hätte sowieso schon an der Arbeitskonferenz aufgrund seiner Mitgliedschaft im Verwaltungsrat teilnehmen können. Er selbst erfuhr von dieser zweifelhaften Aufwertung seines Status' erst auf der Verwaltungsrats-Sitzung und sah sich nicht mehr in der Lage, sich dem zu entwinden.¹⁹

Zudem hatten die Nazis sicherheitshalber auch noch einen Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, mitgenommen. Die Einrichtungen der damals noch sehr bedeutenden christlichen Gewerkschaften waren am 2. Mai nicht besetzt worden. Statt dessen waren sie den Angeboten zur „freiwilligen“ Mitarbeit in der DAF in der Hoffnung nachgekommen, irgendwie darin „überwintern“ zu können. Mit Otte an der Spitze gab es sogar eine Vertretung im „Arbeitskonvent“ der DAF. Doch die daran geknüpften Erwartungen sollten sich natürlich bald als große Illusion herausstellen und waren auch auf starke Ablehnung bei einzelnen Führern mit Jakob Kaiser an der Spitze gestoßen.²⁰ Allerdings lag das Interesse Leys an der Mitnahme Ottes nicht nur darin, so die Lage in Deutschland schönzufärben, sondern zielte auch auf die christliche Gewerkschaftsinternationale ab, für die ihre deutschen Mitgliedsverbände eine wichtige Stütze waren. Sie war zwar traditionell nur schwach auf den Arbeitskonferenzen vertreten, doch gerade um ihre Vertreter war es immer wieder zu organisatorischen Konflikten mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund gekommen.²¹

Die weiteren sechs technischen Berater für den „Arbeiterdelegierten“ waren demgegenüber alte Nationalsozialisten und neubestallte Funktionäre der DAF.

Trotz solcher umfassender Vorbereitung bekam Ley gleich auf dem Weg zur Konferenzeröffnung in Genf am 8. Juni eine Ahnung davon, was ihm bevorstand. Als er entsprechend der pompösen Art, die er liebte, mit Hakenkreuzfahne auf dem

17 Ein Nachwort zur Internationalen Arbeitskonferenz, in: Arbeitertum, 15.7.1933, Nr. 10, S.18.

18 Der Brief im Archiv der IAO (D 617/200/24).

19 So im Bericht über die Konferenz in der von Léon Jouhaux herausgegebenen Zeitschrift L'Atelier, „Les Hitlériens à Genève. L'action du groupe ouvrier“, Mai-Juni 1933, Nr. 112-113, S.284-316, hier S.285.

20 Siehe Michael Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S.757-762.

21 Siehe Patrick Pasture: Histoire du syndicalisme chrétien international: la difficile recherche d'une troisième voie, Paris 1999, S.117-124.

Dienstwagen und begleitet von SA-Männern, auf dem Gelände der Arbeitsorganisation vorfuhr, empfingen ihn dort tätige Arbeiter mit Antifaschismus ihrer Art. Da sich die SA-Begleiter weigerten, die noch nicht als staatliches Symbol international zugelassene Hakenkreuzfahne zu entfernen, entfernten sie sie unter Handgreiflichkeiten mit den SA-Leuten.²²

Unmittelbar nach Konferenzbeginn begannen die Proteste der Delegierten. Als Ley „im Namen von zehn Millionen deutscher Arbeiter“ die Wahl des italienischen Diplomaten Giuseppe De Michelis zum Tagungspräsidenten unterstützte²³ und sich dabei gegen die zuvor von Jouhaux begründete Enthaltung der Arbeiterdelegierten wandte, kam es zu einem ersten Schlagabtausch. Denn Jouhaux rief ihm zu, er sei Kommissar des Reichs zur Überwachung der Arbeiter, worauf der zur Delegation als „Angestelltenfachmann“ gehörende berüchtigte Gauleiter von Danzig, Albert Forster, ihm mit einem wohl proletarisch gedachten „Halt's Maul“ entgegnete.²⁴

Nach der Eröffnung im Plenum verlagerte sich der Konflikt sodann in die Arbeitergruppe. Dort rief der Anspruch Leys (sowie des italienischen „Arbeiterdelegierten“, worauf hier allerdings nicht weiter eingegangen werden kann) sofort erneuten heftigen Widerspruch vor allem von Jouhaux und Corneille Mertens hervor. Der belgische Gewerkschaftsvorsitzende und Vizepräsident des IGB leitete traditionell die Arbeitergruppe. Dabei ging es um die Nominierung der Arbeitervertreter in den verschiedenen, die Konferenzbeschlüsse vorbereitenden Konferenzkommissionen, d. h. konkret um die Beteiligung Leys. Die übergroße Mehrheit der Arbeitergruppe lehnte es ab, ihn für irgendeine Kommission zu nominieren. Dabei machte Ley zunächst sogar den demagogischen Vorschlag, dann halt Leuschner zu benennen. Der Konflikt eskalierte zu heftigen Wortgefechten.²⁵ Niemals zuvor habe die

22 Dies beschrieb der deutsche Vertreter auf der in diesen Monaten ebenfalls in Genf tagenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in seinen Memoiren: Rudolf Nadolny: Mein Beitrag. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reichs, Köln 1985, S.241.

23 Tatsächlich hoben die Nazis sowohl im Konferenzverlauf wie in der Berichterstattung darüber immer wieder die „Kampf- und Gesinnungsgemeinschaft“ mit dem faschistischen Italien im Kampf gegen den „Marxismus“ hervor.

24 Record of Proceedings. 17th International Labour Conference, Genf 1933, S.12. Forsters Zwischenruf fehlt im offiziellen Protokoll, ist allerdings in einer internen Aufzeichnung der IAO zum gesamten Konflikt um Ley verzeichnet (D 617/200/24/1), der auch die weiteren Informationen über den Ablauf, soweit nicht anders gekennzeichnet, entnommen sind.

Forster war mehrere Jahre Angestellter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gewesen und nach dem 2. Mai von Hitler mit der „Gleichschaltung“ der Angestelltenverbände beauftragt worden. Siehe die ihn feiernde Nazi-Darstellung Wilhelm Löbsack: Gauleiter Albert Forster. Der deutsche Angestelltenführer, Hamburg 1934. Die kritische Biographie von Dieter Schenk: Hitlers Mann in Danzig: Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, geht leider auf diese Seite seines Wirkens nicht weiter ein.

25 Unglücklicherweise sind die Protokolle und sonstigen Unterlagen der Arbeitergruppe nicht nur dieser Arbeitskonferenz im Archiv der IAO Anfang der 60er Jahre, als nur das „Wichtige“ verfilmt wurde, einfach vernichtet worden. Nur die Registraturkarte (D 617/323/1) blieb erhalten. Die bereits erwähnte interne Übersicht der IAO führt nur die stattgefundenen Sitzungen auf, ohne deren Ablauf darzustellen. Allerdings finden sich zahlreiche Berichte in der Presse, die auf Informationen von Delegierten beruhen, da die Gruppen ja hinter verschlossenen Türen tagten.

Konferenz eine solch heftige Auseinandersetzung erlebt, schrieb das gut informierte Journal des Nations in seinem Bericht.²⁶ Jouhaux erklärte zur Beschwerde Leys gegen seine „Diskriminierung“, niemals habe der Gefängniswärter das Recht, den Gefangenen zu vertreten. Ley gab sich empört: Wenn Jouhaux von den in die Konzentrationslager geworfenen Arbeitern rede, dann müsse er sagen, da säßen nur Verbrecher wie z. B. die Reichstagsbrandstifter. „Herr Leuschner und Herr Otte, die zu Ihnen gehören, der eine zu den Freien Gewerkschaften, der andere zu den Christlichen Gewerkschaften, können in Deutschland ebenso frei reden, wie Sie hier reden können. Sie können Ihnen auch bezeugen, wie es in Deutschland wirklich aussieht.“ In gespielter Großzügigkeit bot er Jouhaux an, dieser könne sich auf seine (d. h. Leys) Kosten in Deutschland umsehen.²⁷ Doch Jouhaux entgegnete, Leuschner sei nur freigelassen worden, um als Vorhang zu dienen. Im übrigen schätze er Deutschland und die deutschen Arbeiter. Ley habe ihm unterstellt, er betrachte die deutschen Arbeiter als Feinde. Das sei eine Lüge. Das Regime, das Ley vertrete, das sei der Feind.

Dennoch gelang es Ley, auf einem Umweg für eine Reihe von Kommissionen nominiert zu werden. Er konnte dabei eine auf Drängen der italienischen Faschisten im Vorjahr zustande gekommene Änderung der Geschäftsordnung ausnutzen. Denn auch der italienische „Arbeiterdelegierte“ war von der IGB-Mehrheit in der Arbeitergruppe immer boykottiert worden. Jetzt konnte aber eine Mehrheit in der Vorschlagskommission, die die Kommissionen zu den einzelnen Konferenzthemen festlegte, auch die Zusammensetzung der einzelnen Gruppenvertretungen, die bis dahin vollständig autonom bestimmt worden waren, abändern. Die dafür erforderliche Mehrheit bedeutete faktisch immer das Zusammengehen der Regierungs- und Unternehmergruppe, die sich aus politischen Gründen gegen die Mehrheitsentscheidung der Arbeitergruppe stellen wollten.²⁸

Und so ging man jetzt auch nach der Beschwerde Leys trotz des heftigen Protestes der Arbeitergruppe vor. Mertens erklärte schließlich für sie im Plenum, Ley würde in den Kommissionen, in die er nun gesetzt war, allein in seinem Namen sprechen, nicht als Vertreter der Arbeitergruppe. Konsequenterweise wurden deutschen Vertretern die Teilnahme an Beratungen der Arbeitergruppen der Kommissionen verweigert. Immerhin gelang es Ley nicht, in die wichtigste Kommission - zur Einführung der Vierzig-Stunden-Woche - aufgenommen zu werden.²⁹

Doch die Hauptauseinandersetzung stand noch bevor. Denn natürlich existierte auch eine Mandatsprüfungskommission, und der Internationale Gewerkschaftsbund,

26 Les 'ouvriers' fascistes et nazis, in: Journal des Nations, 10.6.1933. Das Journal des Nations war eine antifaschistisch ausgerichtete Tageszeitung zu Völkerbundfragen.

27 Die Rede Leys veröffentlichte der Völkische Beobachter, Nr. 161, 10.6.1933 unter dem Titel „Dr. Ley gegen die Herausforderung der II. Internationale“.

28 Landelius, Workers, Employers and Governments, S.291f. Siehe auch die Bemerkungen in: Les Hitlériens à Genève, S.287.

29 17th International Labour Conference, S.65. Die Protokolle und Materialien der Vorschlagskommission in D 617/500/1-3.

d. h. die große Mehrheit der Arbeitergruppe, hatte eine Anfechtung von Leys Mandat schon klar angekündigt. In einem offiziellen Schreiben am Eröffnungstag der Konferenz hatte man darauf hingewiesen, daß die traditionelle repräsentative deutsche Arbeitervertretung durch den ADGB ausgeübt worden war. Dessen Einrichtungen seien jetzt von der Polizei besetzt. Die Regierung habe einen Delegierten ohne irgendwelche Konsultationen ernannt. Das Mandat des deutschen Arbeiterdelegierten und seiner technischen Berater sei von der Konferenz nicht anzuerkennen.³⁰ Also hatten erst die Kommission und dann aller Voraussicht nach das Konferenzplenum über Leys Mandat zu diskutieren und abzustimmen. Auf ihrer ersten Sitzung am 9. Juni - bei der übrigens ebenso die Arbeitergruppe gegen das italienische Arbeitnehmermandat Beschwerde einlegte³¹ - wurde der Protest offiziell zur Kenntnis genommen. Er wurde dem deutschen Regierungsvertreter vorgelegt, doch dieser erklärte, dazu müsse er die Stellungnahme aus Berlin abwarten. Dort ließ man sich allerdings Zeit. Auf der zweiten Kommissionssitzung am 17. Juni war sie immer noch nicht eingetroffen und wurde nun erst für den 20. angekündigt. Jouhaux protestierte scharf gegen diese offensichtliche Verzögerungstaktik. Zudem unterbreitete er ein umfangreiches Dossier, das ausführliche Informationen zur Lage in Deutschland, zur Zerschlagung der Gewerkschaften und zur Bildung der DAF enthielt.³²

Und was tat Leuschner die ganze Zeit? Sein Erscheinen auf der Konferenz hatte zunächst durchaus irritierend gewirkt. Leuschner „verhielt sich sehr reserviert und mied fast jeden Verkehr mit sozialistischen Arbeitervertretern anderer Länder“³³, schrieb im Rückblick die „Neue Zürcher Zeitung“. Und auch das Journal des Nations hatte zunächst geschrieben, daß „seine Rolle uns wenig klar erscheint“.³⁴ Doch die Presse konnte nur sein öffentliches Auftreten registrieren. Und bei dem, was Ley persönlich in der Arbeitergruppe von ihm gefordert hatte, lag allerdings der Maßstab: Er sollte sich als Zeuge für die angeblichen Freiheiten der deutschen Arbeiter äußern. Tatsächlich kam aber kein einziges offizielles Wort über seine Lippen. Kein einziges Mal, weder im Plenum noch in den Kommissionen, meldete er sich zu Wort (wie übrigens auch Otte nicht). Angesichts dessen wurden beide hinter verschlossenen Türen massiv aufgefordert, sich endlich zu äußern. Im Herbst 1934 erklärte Ley, er habe „Otte und Leuschner vor der gesamten Abordnung klipp und klar gefragt, ob sie endlich gewillt seien, vor der Konferenz, dem internationalen Forum, die wahre Lage in Deutschland zu schildern, was sie beide ablehnten“.³⁵ Das Schweigen war somit für alle Konferenzteilnehmer berechtigt genug.

30 D 617/201/24 bzw. 17th International Labour Conference, S.486.

31 Die Protokolle in D 617/600/2.

32 Abgedruckt im Konferenzprotokoll: 17th International Labour Conference, S.486-490.

33 So im Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 25.6. über die Verhaftung Leuschners.

34 Les „ouvriers“ fascistes et nazis.

35 Zit. in Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.167. Auf S.123 wird sogar ein in Genf gemachtes Lockangebot an Leuschner, ihm einen führenden Posten in der Deutschen Arbeitsfront zu geben, erwähnt.

Auf der anderen Seite kann man, auch wenn das z. B. in der Presse aus offensichtlichen Gründen nicht berichtet wurde, wohl annehmen, daß Leuschner in informellen Kontakten seine Einschätzung der Lage in Deutschland darlegte, auch wenn sich davon in internationalen Gewerkschaftsarchiven, soweit bekannt, keine Spuren erhalten haben.³⁶ In öffentlichen Darstellungen, die nach dieser Konferenz und dem Konflikt um Ley gegeben wurden, ist erst recht nichts davon zu finden. Jouhaux's Zeitschrift „Atelier“ erwähnte seine Anwesenheit als Quasi-Geisel nur kurz, während Mertens ihn in seinem Bericht im belgischen Gewerkschaftsorgan nicht nennt.³⁷ Da war Leuschner aber schon von den Nazis verhaftet, und seine Verteidigung stand im Vordergrund, statt den Nazi-Apparat mit weiteren Informationen über ihn zu versorgen.

Jedenfalls war abzusehen: Im Plenum mußte über Leys Mandat diskutiert und abgestimmt werden, sobald sich die Mandatsprüfungskommission mit dem Einspruch der Arbeitergruppe beschäftigt hatte. Und die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften würde dabei nicht schöngeredet werden können.

Doch eine besondere Wendung nahm dieser sich entwickelnde politische Zusammenstoß, als Äußerungen Leys bekannt wurden. Dieser hatte schon seit seiner Ankunft dem Beinamen „Reichstrunkenbold“ alle Ehre gemacht. Der bereits zitierte deutsche Diplomat Nadolny berichtet in seinen Erinnerungen: „Er bummelte die Nächte hindurch und erregte Aufsehen in Genf, das im allgemeinen ziemlich solide ist und früh zu Bett geht, indem er in den Morgenstunden auf der Straße sang und lärmte.“³⁸ Ob schon alkoholisiert oder nicht, jedenfalls erging Ley sich am Abend des Eröffnungstages, nach den ersten Zusammenstößen in der Arbeitergruppe, in einem Pressegespräch mit den deutschen Journalisten in rassistischen Bemerkungen über die ausländischen Vertreter, die ihn und den italienischen Delegierten in der Arbeitergruppe niedergestimmt hätten.

Dies war zwar eine geschlossene Veranstaltung gewesen, in die die Teilnehmer nur per Einladung gekommen waren. Doch angesichts der alle diplomatischen Regeln sprengenden Worte Leys liefen schnell Gerüchte umher. Schon am 10. berichtete das „Journal des Nations“ von dem Satz, es gebe „Delegierte eines Negerstamms, die

36 Während z. B. der Geschäftsbericht des Generalrats des britischen TUC zum Jahr 1933 zwar eine ausführliche Darstellung des Ablaufs der Arbeitskonferenz und des Konflikts um Ley (aber ohne Erwähnung Leuschners!) enthält (Report of Proceedings at the 65th Annual Trades Union Congress. Held at Brighton, September 4th to 8th, 1933, London 1933, S.169-171), findet sich in der Akte des TUC-Archivs zu dieser Konferenz (Modern Records Centre an der Universität Warwick, MSS 292/926.30/1) kein einziges Schriftstück zu Ley oder zu Leuschner. Das Archiv des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bei Kriegsausbruch in Paris befindlich, ist dann beim deutschen Einmarsch verloren gegangen. Auch die im TUC-Archiv überlieferten internen Berichte über die Vorstandssitzungen des IGB liefern nichts weiteres dazu.

37 Les Hitlériens à Genève, S.285f.; Corn. Mertens: La XVIIe Session de la Conférence internationale du Travail, in: Le Mouvement syndical belge, 20.7.1933, Nr. 7, S.170-174, hier S.173.

38 Nadolny, Mein Beitrag, S.240. Ähnlich auch Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.121: „Man sah ihn, ständig angetrunken oder völlig alkoholisiert, Abend für Abend in den wenigen Genfer Bars, begleitet von Rudolf Schmeer, dem ‚Leiter des Führungsamtes der Deutschen Arbeitsfront‘“.

sind gekommen, weil man ihnen Bananen versprochen hat“. Die Zeitung mißverstand diese „freundlichen“ Worte als auf Jouhaux gemünzt.³⁹

Schnell wurden viele ausführlichere Zitate von Leys Auftritt bekannt. Am 12. Juni berichtete der Korrespondent der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ davon, und am 13. Juni machte das „Journal des Nations“ seinen Bericht in einer Übersetzung den Delegierten in Genf zugänglich. Danach hatten es Ley bei den Abstimmungen in der Arbeitergruppe besonders die Lateinamerikaner angetan. „Daß solche Idiotenstaaten hier dieselben Rechte haben wie Deutschland und Italien. Stellen Sie sich vor: Kuba! Uruguay! Bolivien! Was weiss ich, wie die alle heissen, diese Idioten von Südamerikanern! (...) Und was für eine Sorte von Menschen haben die! Gegenüber uns Kulturvölkern, Deutschen und Italienern! Und so was soll die gleichen Rechte haben wie wir! Das ist doch Marxismus in Reinkultur, diese verrückte Phrase, daß Alles, was Menschenantlitz trägt, gleich sei! Das muss immer wieder gebrandmarkt werden in der Presse! Wissen Sie, wenn wir früher die kommunistische Reichstagsfraktion betrachteten, dann hatten wir das Gefühl, daß sie aus lauter ausgesuchten Exemplaren von Zuchthäuslern bestand. Genauso war das heute in der Arbeitergruppe.“⁴⁰

Dies schlug wie eine Bombe ein. Sofort versammelten sich die Regierungsdelegierten aus Lateinamerika und verlangten eine Erklärung.⁴¹ Schon am Nachmittag desselben Tages kam ein erstes Dementi von Ley. Gleich zur Eröffnung der Plenumsitzung der Arbeitskonferenz ließ er es vom Tagungspräsidenten verkünden: Die Behauptungen seien falsch. Er habe nie eine Nation beleidigt.⁴² Kurz darauf wurde ganz offiziell in Berlin dasselbe von der Reichsregierung verkündet. Sie mißbillige grundsätzlich „jede Beleidigung der Arbeitnehmer irgendeines Landes“⁴³, womit dann auch solche Worte gar nicht gefallen sein konnten.

Zugleich rückte der Berichterstatter, Alfred Dang, in das Fadenkreuz der Nazis.⁴⁴ Dieser sozialdemokratische Journalist hatte früher für das SPD-Organ „Vorwärts“ und den Sozialdemokratischen Pressedienst aus Genf berichtet; ihm stand jetzt nur noch das sozialdemokratische Organ in der noch nicht völlig „gleichgeschalteten“ Freien Stadt Danzig zur Verfügung. Als akkreditierter deutscher Korrespondent war er zu Leys Presseauftritt eingeladen worden, bis mitten in der Konferenz auffiel, daß ein „sozialistischer Journalist“ anwesend war. Zwar wurde er daraufhin sofort vom Versammlungsleiter, dem Regierungsdelegierten Engel, gefragt, ob er „loyal“ berichten wolle, woraufhin er jede Verpflichtung, die nicht mit seinen journalistischen Überzeugungen im Einklang stehe, ablehnte. Doch Ley in seiner unbekümmerten Selbstsicherheit unterbrach das. Es gebe ja nichts geheimes, und

39 Les ‚ouvriers‘ fascistes et nazis.

40 Hier zitiert nach Une letter de M. Dang, in: Journal des Nations, 14.6.1933, wo die am Vortrag in Übersetzung wiedergegebene Erklärung nun im deutschen Original veröffentlicht wurde.

41 L'émotion à la Conférence du Travail, Journal des Nations, 14.6.1933.

42 17th International Labour Conference, S.128.

43 Neue Zürcher Zeitung, 16.6.1933 (Mittagsausgabe).

44 Ebenda.

wenn er was unpassend kommentiere, so sei ja Forster - der Danziger Gauleiter - da. „Dann langen wir mal rüber“. Ganz offensichtlich hatte Ley die „Tonlage“ seiner Auslassungen, im Unterschied zu dem Ministerialbeamten Engel, nicht verstanden. Dieser kam sofort nach Schluß der Pressekonferenz zu Dang und sagte ihm, er solle die „lebhaften Äußerungen“ doch weglassen.⁴⁵

Doch Dang berichtete über das, was er gehört hatte. Eine heftige Kampagne gegen ihn sollte nun vom Wortlaut der Ley-Äußerungen ablenken. Er habe sich eingeschlichen, Vertrauen mißbraucht usw., was Dang mit seiner Darstellung der Pressekonferenz leicht widerlegen konnte. Zudem wurde eine Erklärung der „gleichgeschalteten“ deutschen Korrespondenten, die an der Pressekonferenz teilgenommen hatten, herausgegeben, in der er wegen „böswilliger Entstellung“ und „Schädigung des deutschen Ansehens“ angegriffen wurde, ohne daß ihm aber in der Sache irgendetwas nachgewiesen werden konnte.⁴⁶

Statt dessen hatten sich nicht nur zwei Teilnehmer der Pressekonferenz Dang zur Verfügung gestellt; ein weiterer äußerte ihm gegenüber auf die Frage, ob er korrekt informiert habe, nur, unter den gegenwärtigen deutschen Umständen könne er dies nicht beantworten. Unabhängig davon hatte sich auch Schevenels, der auf der Konferenz als Sekretär der Arbeitergruppe fungierte, bemüht, die Richtigkeit von Dangs Berichterstattung zu überprüfen und hatte zwei weitere Zeugen gefunden.⁴⁷ Daraufhin beschloß die Arbeitergruppe einstimmig - die Einsprüche gegen Leys Mandat und das seines italienischen Kollegen waren ja noch anhängig -, alle nichtoffiziellen Kontakte zu der deutschen Delegation abzubrechen und die ganze Angelegenheit vor das Plenum zu bringen.⁴⁸ Dem schloß sich der uruguayische Arbeiterdelegierte in einer eigenen Erklärung an.⁴⁹ Die lateinamerikanischen Regierungsdelegierten hielten sich zwar mit einer offiziellen Stellungnahme zurück. Doch wenn z. B. die „Neue Zürcher Zeitung“ vermelden konnte, daß „es unwahrscheinlich ist, daß die lateinamerikanischen Regierungsdelegierten Dr. Ley als Vertreter der deutschen Arbeitnehmer anerkennen werden“,⁵⁰ so bestand über ihre Einstellung sicher kein Zweifel mehr.

Ley und seine engsten Mitstreiter in der Delegation waren sofort nach dem Publikwerden seiner Äußerungen nach Berlin gefahren, um dort zu klären, wie man aus dem diplomatischen Schlamassel unter Wahrung des Gesichts herauskommen könne.⁵¹ Am 16. Juni kehrte der Regierungsdelegierte Engel nach Genf zurück, um

45 Dang gab eine ausführliche Darstellung des gesamten Verlaufs im Journal des Nations vom 16.6.1933.

46 Genfer Pressevertreter über Dr. Dang, in: Berliner Tageblatt, 16.6.1933.

47 Siehe La réponse au Dr. Ley, in: Journal des Nations, 16.6.1933.

48 Siehe den Bericht über die Pressekonferenz von Mertens und die Erklärung in: Journal des Nations, 16.6.1933.

49 Siehe Une déclaration du délégué ouvrier de l'Uruguay, in: Journal des Nations, 17.6.1933.

50 Der Boykott gegen Dr. Ley, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.6.1933 (Mittagsausgabe). Dabei war die überwältigende Mehrheit dieser Regierungen eigentlich sehr konservativ und keineswegs antifaschistisch eingestellt.

51 Laut Nadolny, Mein Beitrag, S.241, auf sein Anraten hin.

dort im Gespräch mit dem Konferenzpräsidenten De Michelis und dem IAO-Direktor Butler die Lage zu sondieren. Ihm wurde von beiden unmißverständlich klargemacht, daß neben der Arbeitergruppe auch die südamerikanischen Vertreter auf ihrer Ablehnung beharrten. Ley müsse abgezogen werden, die deutsche Delegation müsse eine offizielle Stellungnahme auf der Konferenz abgeben.⁵²

Damit war offenkundig, daß der deutschen Delegation eine diplomatische Niederlage - mindestens durch eine peinliche Entschuldigung, wahrscheinlich aber durch eine Mandatsablehnung - bevorstand. Dies mußte auch in Berlin zur Kenntnis genommen werden. Das Arbeitsministerium teilte der Reichskanzlei am 17. mit, aus außenpolitischen Gründen sei eine weitere Teilnahme Leys nicht mehr möglich, da eine „Reihe südamerikanischer Staaten, deren öffentliche Meinung uns nicht gleichgültig sein kann, sich in ihrem Nationalgefühl schwer gekränkt“ fühle.⁵³ Doch Ley war als einer der ältesten Kampfgefährten Hitlers nicht jemand, den man einfach desavouieren konnte.

Nach einer Blitzkonsultation mit Berlin teilte Engel am Abend des 18. Juni De Michelis und Butler mit, Deutschland wolle die Delegation von der Konferenz zurückziehen. Nur bei Erfüllung mehrerer Forderungen könne man noch einmal nachdenken. U. a. solle nicht weiter über Leys Verhalten diskutiert und sein Mandat anerkannt werden. Dann hieß es: Mertens solle sich für Angriffe auf Deutschland entschuldigen, die er in der Arbeitergruppe am 9. gemacht habe. Diese Forderung war ganz neu. Nur allzu durchsichtig versuchte man jetzt, mit einer nachgeschobenen Behauptung über Beleidigungen Deutschlands durch die IGB-Vertreter den Spieß einfach umzudrehen.

Als nach mehreren Beratungen und inoffiziellen Gesprächen klar wurde, daß all dies von der überwältigenden Mehrheit zurückgewiesen wurde, gab die deutsche Delegation am 19. mit einer Erklärung den Rückzug von der Konferenz bekannt, da sie beleidigt und in ihren Aktivitäten durch das Verhalten der Arbeitergruppe eingeschränkt worden sei. Das Büro der Konferenz stellte daraufhin fest, daß ihm bis dahin nichts über Beleidigungen der deutschen Delegation im offiziellen Rahmen der Konferenz bekanntgeworden sei, z. B. durch eine entsprechende deutsche Beschwerde, und gab damit zu erkennen, was es von dieser plötzlichen Behauptung hielt.⁵⁴ Da zu diesem Gremium auch der italienische Tagungspräsident gehörte, war dies für die Nazis um so ärgerlicher. (Hier waren natürlich außenpolitische Interessen Italiens gegenüber Lateinamerika berührt, wo es in einigen Staaten große Anteile italienischer Einwanderer gab.) Entsprechend konterte die deutsche Delegation einige Tage später mit einer erneuten Erklärung, in der man aber nichts anderes machte, als erneut von den schweren „Beleidigungen“ in der Arbeitergruppe zu sprechen, die von der Konferenz nicht zurückgewiesen worden seien.⁵⁵

52 Dabei half es auch nichts, daß eine Beschwerde über das Vorgehen der Arbeitnehmergruppe, die deutschen Vertreter nicht mehr zuzulassen, akzeptiert wurde.

53 Ein Auszug aus der Stellungnahme als Fußnote in Akten der Reichskanzlei, Teil I, Bd. 2, S.714f.

54 Die beiden Erklärungen in 17th International Labour Conference, S.680.

55 Deutsche Richtigstellung zu den Genfer Vorfällen, in: *Völkischer Beobachter*, Nr. 173, 22.6.1933.

Allerdings hatte die deutsche Delegation mit ihrer Rückzugserklärung übersehen, daß damit nicht automatisch die Mandate (und entsprechend der Einspruch gegen Ley) erledigt waren. Und sogleich verwies die Vorschlagskommission auf die weitere Beratung in der Mandatsprüfungskommission.⁵⁶ Dieses diplomatische Versehen wurde jedoch schnell korrigiert und der Konferenzleitung am 21. Juni auch noch offiziell das Erlöschen der Mandate mitgeteilt.⁵⁷ Es entstand zwar die Frage, ob ein solcher Vorgang, der in der Geschäftsordnung gar nicht vorgesehen war, überhaupt möglich sein könnte. Die Mandatsprüfungskommission kam jedoch zur Entscheidung, daß damit die Erörterung und Beschlußfassung über Ley hinfällig geworden sei. Wo es kein Mandat mehr gebe, könne auch nicht darüber abgestimmt werden.⁵⁸

Die Bekanntgabe dieses Beschlusses auf der Konferenz nutzte allerdings eine Reihe der Arbeiterdelegierten noch einmal zu ausführlichen Erklärungen. Mertens, Jouhau und der Brite Arthur Hayday legten ausführlich die Gründe dar, die gegen Ley aufzuführen waren. Sie beschrieben das Verbot und die Verfolgung der Gewerkschaften durch die Nazis. Sie erklärten, wie sie früher immer die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland auch gegen die Kritik durch ihre eigenen Regierungen unterstützt hatten. Jouhau fügte ironisch an, er sei noch vor kurzem von der französischen Rechten als Agent Deutschlands beschimpft worden, während er in diesen Tagen in der Nazi-Presse als Agent Frankreichs angegriffen werde.⁵⁹ Diesen IGB-Vertretern schloß sich ganz unzweideutig der als technischer Berater des niederländischen Arbeiterdelegierten anwesende Generalsekretär der christlichen Gewerkschaftsinternationale, P. J. S. Serrarens, an. Man habe immer wieder Probleme mit dem IGB wegen Mandaten auf der Arbeitskonferenz oder wegen der Zuordnung von christlichen Gewerkschaftern, die als technische Berater teilnahmen, zu Kommissionen gehabt. Solche Konflikte seien aber im wesentlichen nach parlamentarischen Maßstäben ausgetragen worden. Doch in Deutschland seien nun die Grundlagen der IAO verletzt worden. Und die deutsche Delegation sei einer Erörterung darüber ausgewichen, obwohl man sie ihr ebenso nach parlamentarischen Maßstäben - „ohne Einsatz von Sturmtruppen“ - zugestanden habe.⁶⁰

Hatten die Nazis zweifellos mit der IGB-Haltung gerechnet, so dürften Serrarens' eindeutige Worte sie um so mehr geärgert haben. Das Manöver mit Otte hatte schließlich darauf abgezielt, die zweifellos vorhandenen Konflikte zwischen beiden Gewerkschaftsinternationalen auszunutzen. Doch die Führung der christlichen Gewerkschaftsinternationale um Serrarens lehnte entschieden den Kurs auf die Mitarbeit in der DAF, wie sie ihre deutsche Mitgliedsorganisation noch versuchte, als völlig illusionär ab und wußte dabei, trotz deren starken Stellung in der Internationale, die Mehrheit hinter sich. Kurz nach der Konferenz enthüllte

56 Siehe 17th International Labour Conference, S.493.

57 Siehe ebenda, S.491.

58 Siehe IAO-Archiv D 617/600/1 - 3.

59 Siehe 17th International Labour Conference, S.227-232.

60 Ebenda, S.232f.

Serrarens in einer Broschüre gegen die Nazis, Ley habe ihm sogar angeboten, weiterhin die deutschen Mitgliedsbeiträge für die christliche Gewerkschaftsinternationale zu überweisen. „Unsere Grundsätze sind auch nicht um 20000 Silberlinge käuflich.“⁶¹

Die politische Zurückweisung der Abgesandten Hitlers war somit eindeutig. Daran konnte auch nichts ändern, daß die Nazi-Presse das Verhalten des italienischen faschistischen Tagungspräsidenten De Michelis groß herausstellte. Dieser hatte sich, wenn auch etwas diplomatisch verklausuliert, nach den Redebeiträgen von Mertens, Jouhaux, Hayday und Serrarens von der Arbeitergruppe distanziert und dann kurz hinzugefügt, man hoffe, Deutschland werde bald wieder seinen ihm zukommenden Platz einnehmen. Diese „überraschende“ und „unangemessene“ Aufforderung war von eisigem Schweigen begleitet, hieß es im „Journal des Nations“.⁶² Die nationalsozialistische Propaganda sah darin jedoch gleich eine Art Erklärung der Konferenz, Deutschland solle zurückkommen.⁶³ Zugleich bemühte man sich, Deutschland als unschuldiges Opfer darzustellen. Der „Völkische Beobachter“ sprach von der Hetze der „versammelten Marxisten“ in Genf, die keine Diskussion der anstehenden Fragen gewollt hätten. Deutschland sei im übrigen seit Bismarck in der Sozialpolitik so fortgeschritten, daß es keine Belehrung nötig habe, im Gegenteil Vorbild für die Welt sei, und deshalb ruhig die Arbeitskonferenz verlassen und seine sozialpolitische Vorrangstellung ausbauen könne.⁶⁴

Eine riesige Kampagne wurde gestartet. Bereits zum Eintreffen der Delegation am Mittag des 21. Juni auf dem Anhalter Bahnhof ließ man Delegationen der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation aufmarschieren.⁶⁵ Am Abend fand eine Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront im Berliner Lustgarten statt. Um zu zeigen, daß der Klassenkampf nun überwunden sei, sprach auch der deutsche Arbeitgeber-Delegierte - zum ersten Mal sei dies auf einer Arbeiterkundgebung möglich, wurde gerühmt.⁶⁶ Eine kommunistische Exilpublikation notierte entgegen den Erfolgsmeldungen - der „Völkischer Beobachter“ hatte 150.000 Teilnehmer gesehen -, daß es eine Zwangsdemonstration gewesen sei, der man das auch angesehen habe, und sprach von nur 30.000 bis 35.000 Teilnehmern. Die Arbeiter hätten sogleich nach ihrem Einmarsch auf dem Kundgebungsplatz die nächste

61 P. J. S. Serrarens: Die Revolution des Hakenkreuzes, Utrecht 1933, S.8. Im Vordergrund seiner heftigen Abrechnung stand dabei die „Rassenlehre“ des Nationalsozialismus, der er den christlichen Universalismus gegenüberstellte. Zugleich war es aber auch eine heftige Polemik gegen den Sozialismus/Marxismus, der genauso wie der Faschismus den Staat über alles setze.

62 24.6.1933.

63 Siehe einerseits das Protokoll 17th International Labour Conference, S.233f., und andererseits Die Arbeitskonferenz bittet um Rückkehr Deutschlands, in: Völkischer Beobachter, 25./26.6.1933, Nr. 176/177.

64 Die deutsche Arbeitervertretung verläßt die marxistisch gelenkte Arbeitskonferenz, 21.6.1933, Nr. 172.

65 Siehe Dr. Ley wieder in Berlin, in: Völkischer Beobachter, 22.6.1933, Nr. 173.

66 Siehe Der Protest der deutschen Arbeiterschaft. Gewaltige Massenkundgebung im Berliner Lustgarten gegen die Genfer Herausforderung, in: Völkischer Beobachter, 23.6.1933; Nr. 174, Role, Hitlers Stabsleiter der PO. Dr. Ley. Der Führer der Arbeitsfront, Berlin 1934, S.49f.

Gelegenheit benutzt, um nach Hause zu gehen.⁶⁷ Am 25. Juni wurde zusätzlich in München eine „Massenkundgebung“ durchgeführt, die hier - neben den „Marxisten“ - vor allem die christlichen Gewerkschaften als Angriffsziel hatte.⁶⁸

Doch in dieser Konfrontation um das deutsche Arbeitermandat hatte sich die Konferenz ja nicht erschöpft. Was war denn von der Propagierung des „sozialpolitischen Fortschritts“ im „neuen deutschen Arbeiterstaat“ geblieben? Das zentrale Konferenzthema war die Frage eines Übereinkommens zur sofortigen Einführung der Vierzig-Stunden-Woche auf internationaler Ebene, um damit der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit zumindest ein Stückweit zu begegnen. Dies wurde in den ersten Konferenztagen diskutiert, als die deutsche Delegation noch anwesend war. Bezeichnenderweise schwang Ley hierzu. Nur einer der beiden deutschen Regierungsvertreter äußerte sich: mit Ablehnung. Deutschland habe bereits sein Möglichstes zur Verkürzung der Arbeitszeit getan. Auch wenn man den Sinn in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit anerkenne, könne man nicht zur sofortigen Einführung aufrufen. Die Reparationsverpflichtungen wurden genannt, auf das noch unbekannte Ergebnis der zur gleichen Zeit in London stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes wurde verwiesen.⁶⁹ Entsprechend stimmte die gesamte deutsche Delegation einschließlich Ley am 13. Juni gegen ein solches Übereinkommen.⁷⁰ Das SPD-Exil-Organ „Neuer Vorwärts“ brachte dieses Verhalten in der Überschrift seines Berichts auf den Punkt: „Arbeitsfront‘ gegen die Arbeiter“.⁷¹ Selbst das faschistische Italien habe für die sofortige Einführung der Vierzig-Stunden-Woche gestimmt.

Statt dessen beschloß die Konferenz, erst einmal mit einem Fragebogen Stellungnahmen bei den Regierungen für ein Übereinkommen auf der folgenden Konferenz einzuholen, was die übliche Prozedur für die Erarbeitung eines neuen Übereinkommens darstellte. Angesichts der Dringlichkeit des Problems war dies jedoch eine klare Ablehnung der Vierzig-Stunden-Woche. Entsprechend kompliziert waren die Verrenkungen, die der „Völkische Beobachter“ seinen Lesern vormachte: Einerseits sollte das nationalsozialistische Deutschland sozialpolitisch an erster Stelle, bestenfalls noch im Bündnis mit dem faschistischen Italien, marschieren, andererseits war genau das nicht geschehen. So wurde die Ablehnung als Teil der Bemühungen um die Verwirklichung der Vierzig-Stunden-Woche dargestellt.⁷²

Zweifellos hatten die Nazis alles andere als sozialpolitischen Fortschritt vor. Angesichts der Aufrüstung war eine Arbeitszeitverkürzung das genaue Gegenteil von

67 Siehe Pleite der Nazi-Lustgartenkundgebung, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 30.6.1933, Nr. 22, S.727.

68 Siehe Massenkundgebung der Münchener Arbeiterschaft gegen die Vorgänge in Genf, in: Völkischer Beobachter, 27.6.1933, Nr. 178.

69 17th International Labour Conference, S. 57-59. Siehe auch Deutschlands Standpunkt zur 40-Stunden-Woche, in: Völkischer Beobachter, 11./12.6.1933, Nr. 163.

70 17th International Labour Conference, S.118f.

71 In: Neuer Vorwärts, 25.6.1933, Nr. 2.

72 „Beschlüsse auf der Genfer Arbeitskonferenz“, in: Völkischer Beobachter, Nr. 165, 14.6.1933.

dem, was sie wollten. Dies wurde dem Direktor der Arbeitsorganisation bei einem späteren Besuch in Berlin unverblümt gesagt.⁷³

Diese Frage machte nur einen Teil der Bemühungen auf der Konferenz aus, auch wenn Deutschland durch den Abzug der Delegation nun nicht mehr beteiligt war. Ein weiterer, angesichts der Weltwirtschaftskrise wichtiger Punkt betraf die Frage der Organisierung öffentlicher Arbeiten. Andere Tagesordnungspunkte betrafen die Abschaffung gewerblicher Arbeitsvermittlungen und die Einführung von Renten- und Invalidenversicherung. Doch ein auf der Konferenz von den Arbeiterdelegierten eingebrachter Resolutionsentwurf knüpfte direkt an die Herausforderung durch die nationalsozialistische Machtübernahme an. Unterzeichnet von Jouhaux, Mertens, dem niederländischen Gewerkschaftsvorsitzenden Evert Kupers und dem Schweizer Charles Schürch, wurde darin zur Hilfe für die Flüchtlinge aus Deutschland aufgefordert. Damit waren nicht direkt die politischen Flüchtlinge gemeint. Das hätte sofort als außerhalb der Kompetenz der IAO liegend zurückgewiesen werden können und war auch noch nicht das „quantitative Problem“. Es ging, wie in der Resolution ausgedrückt wurde, um die aus russischen Gründen Verfolgten.

Noch expliziter sprach Kupers bei der Begründung von den „jüdischen Flüchtlingen“. ⁷⁴ Ironisch leitete er damit ein, daß weder Jouhaux, Mertens, Schürch noch er jüdischer Abstammung seien. Sie seien wie die gegenwärtigen deutschen Machthaber 100prozentig „arisch“, was aber auch das einzige sei, was sie mit ihnen gemein hätten und auch nicht notwendigerweise bedeuten müsse, völlig ohne humane Gefühle zu sein. In scharfen Worten benannte er u. a. mit Zitaten von Goebbels die antisemitische Grundeinstellung und die daraus erfolgten Vertreibungen. Dagegen stellte er eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, z. B. in den Niederlanden seit den iberischen Judenverfolgungen im 15. und 16. Jahrhundert, die Aufnahme der Hugenotten usw. Auch wenn so etwas nach neuer deutscher Begrifflichkeit Ausdruck einer „altmodischen“ Kultur sei, habe die IAO sich in den Jahren zuvor aus gutem Grund z. B. an der Hilfe für die russischen und armenischen Flüchtlinge beteiligt.⁷⁵ Gerade jetzt sei die IAO wieder gefragt, da es ja nicht zuletzt darum ging, den Flüchtlingen Arbeit zu verschaffen, und dies angesichts der weltweiten Massenarbeitslosigkeit. Nicht von ungefähr kamen die vier Unterzeichner aus den vier besonders betroffenen Nachbarländern Deutschlands.

Küpers folgten nicht nur weitere Arbeiterdelegierte, zunächst Jouhaux (der übrigens schon in seiner ausführlichen Ablehnung von Leys Mandatsanspruch auf die antisemitischen Verfolgungen hingewiesen hatte)⁷⁶, dann der Luxemburger und der

73 Siehe Harold Butler: *Der verlorene Frieden. Erinnerungen, Eindrücke, Erwartungen*, Zürich 1944, S.123.

74 Eine zeitgenössische Darstellung nennt für 1933 insgesamt etwa 51.000 jüdische und 9.000 nichtjüdische Flüchtlinge (John Hope Simpson: *The Refugee Problem. Report of a survey*, London 1939, S.140).

75 Siehe ebenda, S.203-207.

76 Siehe Anm. 29.

Kanadier und sogar einer der britischen Regierungsvertreter, der dabei auf die lange Tradition der Flüchtlingspolitik seines Landes verwies, aber vorsichtshalber auch betonte, damit keine politische Stellungnahme abgeben zu wollen. Nur der Vertreter der portugiesischen Diktatur sprach von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes. Mit überwältigender Mehrheit von 80 gegen 2 Stimmen - Deutschland hatte sich ja inzwischen zurückgezogen - wurde die Resolution angenommen, die vor allem den Völkerbund zum Handeln aufforderte.⁷⁷ Dies war kein einfaches Verschieben⁷⁸, sondern darin drückten sich die Möglichkeiten der IAO angesichts der gemachten Erfahrungen aus. Auf einem anderen Blatt steht, daß die Völkerbundsbemühungen, die vier Monate später zur Errichtung eines Hohen Kommissariats für die Flüchtlinge aus Deutschland führten, sich als wenig erfolgreich herausstellen sollten.⁷⁹

Insgesamt war damit die Internationale Arbeitskonferenz für die Nazi-Propaganda zum großen Reiffall geworden. Goebbels hatte nicht umsonst in seinem Tagebuch schon im Zusammenhang mit dem Abzug der Delegation notiert: „War auch nicht mehr erträglich.“⁸⁰

Der wesentliche Grund für das Scheitern der Nazi-Pläne lag aber nicht in der persönlichen Unfähigkeit von Ley.⁸¹ Zuallererst war es das Schweigen von Leuschner und damit die Weigerung, in irgendeiner Weise etwas für die Nazi-Diktatur Entschuldigendes auszusagen, was die Nazi-Pläne durchkreuzte. Hätte er sich auch nur, um scheinbar Schlimmeres zu verhüten, von Leys Offerten breitschlagen lassen, hätten die Nazis einen beträchtlichen Erfolg errungen. Dies hätte natürlich nicht Jouhaux, Mertens und die anderen internationalen Gewerkschaftsführer überzeugt, die den öffentlichen Gegenpol zu Ley bildeten. Es hätte ihnen aber das Auftreten gegen die Nazis sehr erschwert und damit eine verheerende Auswirkung auf den Widerstand in Deutschland gehabt.

Leuschner selbst wurde in vertraulichen Gesprächen aufgefordert, in der Schweiz zu bleiben und von dort den Widerstand zu organisieren.⁸² Aber er hoffte noch, in der Illegalität im „Reich“ die einzelnen Gewerkschaftsgruppen zusammenfassen zu können. Er kehrte, natürlich getrennt von der deutschen Delegation, der er ja auch nur gegen seine Absicht zugeordnet worden war, über eine scheinbar sichere Nebenstrecke zurück, wo er aber doch sofort erkannt und verhaftet wurde. Für Monate verschwand er in den Kerkern des Regimes, ohne daß ihm je eine Anklage

77 Siehe 17th International Labour Conference, S.421-429, 687.

78 Dies ist die Einschätzung, die Fritz Kieffer: *Judenverfolgung in Deutschland - eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939*, Stuttgart 2002, S.40, gibt, wobei er auf die Flüchtlingsarbeit der IAO von 1924 bis 1930 nicht eingeht.

79 Ausführlich zum Tauziehen im Völkerbund in Herbst 1933 ebenda, S.41-44. Ein Gesamtüberblick über die internationalen Flüchtlingsinstitutionen in der Zwischenkriegszeit bei Simpson, S.191-226.

80 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I, Bd. 2, München u. a. 1987, S.436.

81 Wenige Tage später notierte Goebbels (S.443): „Mit Heß ernsthaft über Leys ... gesprochen.“ Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um als ausgelassenes Wort „Trunksucht“ oder ähnliches zu vermuten.

82 Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.124.

gemacht wurde. Dafür ließ Ley seine ganze Wut über das Verhalten Leuschners in zahlreichen Äußerungen deutlich werden.⁸³ Leuschner selbst antwortete er, als dieser aus der Haft an ihn schrieb, um die genauen Vorwürfe zu erfahren: „Es stand Ihnen frei, nicht mit nach Genf zu fahren. Wenn Sie aber mitfahren, mußte Ihnen klar sein, daß es für ein Mitglied der deutschen Delegation keine Neutralität gab, sondern einen bedingungslosen Einsatz. Sie geben selbst zu, sich zurückgehalten zu haben. Schon dadurch allein ist bewiesen, daß Sie Ihre Pflicht nicht erfüllt haben.“⁸⁴ Sofort nach Bekanntwerden der Verhaftung, noch auf der Konferenz selbst, forderte Jouhaux zweimal die sofortige Freilassung und verwies dabei auf Leuschners Status als Verwaltungsratsmitglied.⁸⁵ Die internationale Gewerkschaftsbewegung erinnerte ständig an sein Schicksal. Der einen Monat nach der Arbeitskonferenz stattgefundenen IGB-Kongreß in Brüssel verabschiedete eine entsprechende Resolution. Insbesondere wurde an die IAO appelliert, sich für ihr Verwaltungsratsmitglied einzusetzen. Zweimal wurde auch in diesem Gremium, im Oktober 1933 und im Januar 1934, auf Intervention von Jouhaux dazu Stellung genommen.⁸⁶ Die Nazis nahmen die Vorstöße der IAO durch ihren Direktor Butler, der in Berlin informell vorfühlte, zwar durchaus zur Kenntnis, doch inzwischen glaubte man sich bereits so fest im Sattel, daß internationale Rücksichtnahmen nicht mehr für nötig erachtet wurden. Zu einer entsprechenden Haltung kam eine Ministerbesprechung bei Hitler im September. Im übrigen erklärte man, Leuschners Verhaftung habe nichts mit seiner Tätigkeit für die IAO, sondern mit seinem Verhalten in Deutschland zu tun.⁸⁷ Zudem kündigte die deutsche Regierung im Oktober 1933 mit dem Austritt aus dem Völkerbund die Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeitsorganisation auf. Als Jouhaux im Januar 1934 damit argumentierte, Leuschners Mitgliedschaft im Verwaltungsrat beruhe auf einem Mandat der Arbeitergruppe, nicht auf einem Staat, mußte Leuschner im Februar 1934 dem Direktor der IAO offiziell die Aufgabe seines Sitzes mitteilen. Seine Adressenangabe - „z. Zt. KZ Papenburg“ - sagte alles

83 Dabei machte Ley als Mensch ohne jegliche Selbstkontrolle und Selbsteinschätzung intern ebenso führende Beamte des Reichsarbeitsministeriums, darunter seinen Mitdelegierten Engel, für die Blamage verantwortlich. Siehe Anm. 2.

84 Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.126-129. Wie wenig die Nazis diese Niederlage verwanden, zeigt die Darstellung in den offiziellen Biographien von Ley (Role, Hitlers Stabsleiter, S.47-49) und Forster (Löbsack, Gauleiter, S.88).

85 Siehe 17th International Labour Conference, S.269f., 472. - In einem Fall mußte er sich von dem italienischen Tagungspräsidenten sagen lassen, das habe nichts mit der Tagesordnung zu tun.

86 Siehe Bericht über den Sechsten Ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel. Abgehalten vom 30. Juli bis 3. August 1933 im Palais des Beaux-Arts, Paris 1933, S.366f.; Minutes of the 64th session of the Governing Body, Genf 1933, S.318, 360-364; Minutes of the 65th session of the Governing Body, Genf 1934. S.6, 73f.

87 Akten der Reichskanzlei, Teil I, Bd. 2, S.735; Brief Butlers an Schevenels vom 5.9.1933, IAO-Archiv XRG 1/6. Unter den Akten Butlers im IAO-Archiv befindet sich eine ganze Mappe mit weiteren Briefen (XD 3/24/2), die seine Bemühungen um die Freilassung dokumentieren.

über seine Möglichkeiten aus.⁸⁸ Im Juni 1934 wurde er jedoch freigelassen. Vielleicht wollte man so eine erneute öffentliche Erörterung seines Falles auf der in diesem Monat stattfindenden Arbeitskonferenz verhindern.

Leuschners weiterer Weg ist bekannt. Er verwirklichte seine Absicht, ein breites informelles Netz aus seinen alten Gewerkschaftskontakten zu knüpfen.⁸⁹ Es gab wohl auch lockere Kontakte zur internationalen Gewerkschaftsbewegung.⁹⁰ Vor allem nach Kriegsausbruch wurde er zu einem der wichtigsten Organisatoren des Widerstandes und spielte eine herausragende Rolle bei der Vorbereitung des 20. Juli. Bei einem Gelingen hätte er als Vizekanzler und Führer neuer Gewerkschaften eine Schlüsselrolle gespielt. Für das Scheitern bezahlte er mit seinem Leben.

Aufgrund seiner weniger bedeutenden Funktion hatte auch Otte im geringeren Ausmaß seinen Teil zum Durchkreuzen der Nazi-Pläne beigetragen. Obwohl er die kompromißlerischen Kräfte unter den christlichen Gewerkschaften anführte und sogar mehrmals Ley offiziell im Konferenzplenum vertreten hatte (ohne sich allerdings sonst zu äußern), bekam auch er dessen Wut zu spüren. Auf der Kundgebung im Lustgarten kündigte Ley gerade unter Berufung auf Ottos Verhalten (oder besser Nicht-Verhalten) in Genf die Abrechnung mit den christlichen Gewerkschaften an. Deren Vertreter wurden aus der DAF ausgeschlossen, am 24. Juni ihre Büros besetzt.⁹¹ Doch bevor Otte eine ähnliche Rolle unter den christlichen Gewerkschaftern hätte spielen können, wie sie schon Jakob Kaiser eingenommen hatte, starb er im Oktober 1933 an den Folgen eines Autounfalls.

Zweifellos stellte die Genfer Blamage nur eine Episode in Hitlers Weg zum Weltkrieg dar, auch wenn sie für das Nazi-Regime den ersten Schritt im Bruch mit dem verhaßten „Genfer System“ darstellte. Im Vergleich zu anderen internationalen Konferenzen jener Monate (Weltwirtschaftskonferenz und Abrüstungskonferenz) war die Arbeitskonferenz nicht von großer Tragweite. Allerdings kam es nur hier zu einer öffentlichen Zurückweisung der Nazi-Diktatur und erregte ein entsprechend großes internationales Echo, auch wenn die heutige wissenschaftliche Literatur zur deutschen Außenpolitik sie zumeist übergeht.

Daß sie einen solchen Ausgang fand, hatte sicher daran gelegen, daß hier nicht allein Berufsdiplomaten das Wort führten. Ohne die internationalen Gewerkschaftsführer

88 Nachlaß Leuschner O 29/35. Seine Verlegung aus einem Zuchthaus ins KZ war im November erfolgt, offensichtlich auch eine Folge des deutschen Austritts aus der IAO, womit er für irgendwelche Operationen ihr gegenüber nicht mehr interessant war.

89 Siehe die Skizze bei Buschak, „Arbeit im kleinsten Zirkel“, S.239-259. Siehe auch die zahlreichen Hinweise in Bd. 5 der Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert: Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933-1945. Bearbeitet von Siegfried Mielke und Matthias Frese, Köln 1999.

90 Im März 1936 schrieb er z. B. einen Brief an den IGB-Vorsitzenden Walter Citrine. Leider befindet sich im TUC-Archiv (292/943/3) nur eine Mitteilung des Überbringers an Citrine, aber nicht der Brief selbst.

91 Ausschluß der Führer der christlichen Gewerkschaften aus der Arbeitsfront, in: Völkischer Beobachter, 24.6.1933; Nr. 175; Besetzung der christlichen Gewerkschaften, 25./26.6.1933, Nr. 176/177. Siehe auch Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften, S.762.

als Delegierte, allen voran der Franzose Jouhaux, Friedensnobelpreisträger des Jahres 1951, wäre Hitlers Abgesandten nicht Paroli geboten worden zu einer Zeit, da die offizielle Außenpolitik der Weltmächte ihnen noch lange entgegenkam. Es scheint sogar, daß die britische Diplomatie zu Beginn der Konferenz versucht hatte, bei der französischen und belgischen Regierung für die Zustimmung zu Leys Mandat zu werben.⁹² Dagegen kann sich die internationale Gewerkschaftsbewegung anrechnen, daß sie rechtzeitig, ohne diplomatische Rücksichtnahme, die politische Unterdrückung und den antisemitischen Rassismus anprangerte und zu Gegenmaßnahmen aufrief.

Vielleicht klingen die Worte von Otto Wels heute pathetisch, als er, kaum waren die ersten Nachrichten über die Arbeitskonferenz bekanntgeworden, für den Exilvorstand der SPD aus Prag ein Danktelegramm an die Arbeitergruppe schickte.⁹³ Doch dürften sie die Haltung derjenigen, die nun im Widerstand waren, ausgedrückt haben (wogegen übrigens die noch bis 21. Juni bestehende, auf die Legalität hoffende Rumpforganisation der SPD in makabrer Weise protestierte⁹⁴). Sie hätten den Protest in Genf „mit lebhaftester Teilnahme“ verfolgt: „Dafür ist Euch der Dank aller freiheitlichen Menschen in Deutschland gewiß.“

92 Dies wäre dann im Rahmen der Vorbereitung des im darauffolgenden Monat abgeschlossenen Viererpaktes zwischen Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien zu sehen, mit dem Hitler eine erste große Anerkennung erlebte. Siehe die Hinweise auf das Gerücht und das schnell erfolgte, aber sofort angezweifelte britische Dementi in *Journal des Nations*, 11.6. und 13.6. sowie in der Tageszeitung des französischen Gewerkschaftsbundes, *Le Peuple*, 15.6., die das mit den Worten kommentierte, man sei sich sicher, daß es die britische Regierung mit der Wahrheit so halte wie Ley.

93 Abgedruckt in: *Internationale Informationen*, 21.6.1933, Nr. 34, S.311f.

94 Im Protokoll der Parteikonferenz, den diese in Opposition zum Exilvorstand stehende Rumpforganisation am 19. Juni abhielt, hieß es: „In der Debatte war die Mehrheit scharf für die Trennung auf jeden Fall. Eine große Rolle spielte das Telegramm und der Brief von Wels nach Genf und an die Internationale.“ (Hagen Schulze [Hrsg.], *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*, Bonn 1975, S.194-198, hier S.195.) Die Nazi-Propaganda hatte in ihrer wütenden Reaktion auf das Telegramm diese Haltung begierig aufgegriffen. (Siehe *Neue Greuel-Hetze der SPD-„Leitung“ in Prag. Wels hetzt die Genfer Arbeitskonferenz gegen Deutschland auf*, in: *Völkischer Beobachter*, 16.6.1933, Nr. 167. - Über die Hintergründe in der SPD in diesen Wochen siehe Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S.107-117).